

Zum Sonntag

Wenn Gott tot ist

„Sollte es denn möglich sein! Dieser alte Heilige hat in seinem Walde noch nichts davon gehört, daß Gott tot ist! So ließ Nietzsche seinen Zarathustra sprechen. Und ein anderer, Fritz Mauthner, rief aus: „Gott ist tot; es ist Zeit, seine Geschichte zu schreiben“. Das alles liegt nun viele Jahrzehnte zurück. Und jetzt ist die Zeit gekommen, die Geschichte der Menschheit zu schreiben, für die Gott tot war. Die Wortführer der Lehre, daß Gott tot sei, riefen große Bewegungen ins Leben. „Religion ist Opium“ — auf roten Fahnen flog diese Parole über alle Erdteile. Klammende Propheten kündeten die Erlösung der Menschheit aus der Knechtschaft abergläubischer Vorstellungen zur wahren Würde und Freiheit. Ist diese Erlösung und das verheißene Erdenparadies Wirklichkeit geworden? Wer wagte das zu behaupten? Die Bilanz ist allzu erschütternd, wenn man an die sittlichen und kulturellen Zustände denkt, die sich in unserem Volk vor der nationalsozialistischen Revolution herausgebildet hatten. Wohl, die Menschen wurden „frei“, da Gott, besser: der Glaube an Gott, starb. Aber nur, um ihre „Freiheit“ an finstere Dämonen auszuliefern. An die Stelle der Gottgebundenheit und des Gehorsams trat die „Eigengefährlichkeit“ in Wirtschaft und Wissenschaft, in Kunst und Moral. Und aus der Eigengefährlichkeit wurde Fessellosigkeit und wilde Verwüstung. Bis wir zu der erschreckenden Erkenntnis kamen, daß das Volk sterben muß, wenn kein Glaube an den lebendigen Gott stirbt.

Nun haben wir einen Strich unter diese Vergangenheit gemacht. Wir haben aus ihr gelernt. Wir wollen nicht mehr ihre Wege gehen. Wir stehen mitten in einem gewaltigen Ringen um die innere Erneuerung. Wir dürfen in diesem Ringen nicht auf halbem Wege Halt machen. Wir hätten sonst den Sinn unseres Auftrages nicht begriffen. Die Erneuerung hat nur dann Bestand, wenn sie bis zu den letzten Wurzeln vordringt. Sie bleibt unvollendet, wenn sie nicht zu einem neuen, entschlossenen Handeln und Gehorchen gegenüber Gottes Wort und Willen führt. Die Lehre, daß Gott tot sei, war verführerisch, denn sie wies einen Weg der Bequemlichkeit und der Freiheit. Das Ernstmachen mit dem lebendigen Gott erfordert mehr. Denn Gottes Anspruch fordert den ganzen Menschen. Er läßt sich nicht abspalten. Er will in der Mitte unseres Herzens stehen und will uns in unserem ganzen Denken und Handeln befehlen. Jesus spricht von der engen Pforte und dem schmalen Weg, den der beschreiten muß, der mit Gott ernst macht. Aber er spricht auch von hohen Verheißungen, die sich an ihm erfüllen. Diese Verheißungen gipfeln darin: Wer im Gehorsam gegen Gott steht, der hat das Leben! Nicht nur das ewige, sondern auch das zeitliche Leben! Wir dürfen die Erkenntnis nie verlieren, die wir aus den Erfahrungen der vergangenen Jahrzehnte gewonnen haben: Wo Gott tot ist, da stirbt das Volk innerlich und äußerlich, in seinen Gliedern und in seiner Gesamtheit. Leben ist nur bei Gott. Wahrer Aufbau ist nur da, wo er aus dem Gehorsam geschieht. Und der ist in Wahrheit der Schaffende und Bauende und Führende in seinem Volk, der sein Leben ganz unter die Verantwortung vor dem lebendigen Gott stellt. R. S.

Männer, die sich an Gott banden

Der Glaube gibt Gott seine Ehre; welches das allergrößte ist, so man Gott immer geben kann. Denn Gott seine Ehre geben, ist nichts anderes, denn Ihn vertrauen und glauben, Ihn für frei und wahrhaftig, weise, gerecht, barmherzig, allmächtig, kurz für den Einigen erkennen und halten, der alles und allerlei Gutes allein schafft und gibt. Luther.

Mit dem Glauben, wie ich ihn verstehe und wie ich Gott darum bitte, ist mir Trostlosigkeit ganz unsahbar. Bismarck.

Wochenrundschau

Den 8. September 1934

Das große Ereignis, das alle deutschen Herzen bewegt und hinter dem alles andere zurücktritt, der Parteitag der NSDAP, hat in Nürnberg seinen Anfang genommen. Die gewaltige Proklamation des Führers hat ihren Eindruck nicht verfehlt; auch das Ausland kann nicht umhin, anzuerkennen, daß Großes im neuen Reich geschehen ist und noch geschieht. Ein gewaltiger Rechenschaftsbericht ist sie über das vergangene Jahr. Ueber den Abschluß der Revolution. Eine unerbittliche Abrechnung mit den Phantasten und den ewigen Feinden der Nation. Aber ebenso gewaltig sind die Forderungen und Aufgaben, die sie für die Zukunft stellt. Sie zeigt den Getreuen die neuen Wege, aber auch die Kleinmütigen in unserm Volke, denen die kleinen Sorgen des Alltags den Blick für das Große, Ewige, Dauernde so leicht verdünnern, wird sie aufrichten, ihnen neue Hoffnung und neues Vertrauen geben.

Auf der Kulturtagung der NSDAP machte der Führer grundsätzliche Ausführungen über die Gestaltung des neuen Deutschland auf kulturellem Gebiet. Wieder gab er in der ihm eigenen wundervollen Bildhaftigkeit, erfüllt von den tiefen Gedanken, die die Erscheinungen des kulturellen Lebens unseres Zeitalters in den Kritiker in ihnen wahrrieten, eine Umschau von geradezu gigantischem Ausmaß, wie sie nur ein Mensch geben kann, der mit jeder Faser seines Herzens so den ewigen Werten wahrer Kunst und Kultur verbunden ist wie jener Mann, dessen Kampf um die politische Macht nichts als ein Kampf um die deutsche Seele war. „Deutsch sein heißt klar sein!“ — Am Donnerstag fand dann der Aufmarsch des Nationalsozialistischen Arbeitsdienstes vor dem Führer statt, bei dem er eine Rede hielt und anschließend den Vorbeimarsch abnahm.

Wenn in diesen Tagen der Völkerverbund zusammentritt, wird er sich auch wieder mit der Frage der Saarabstimmung zu befassen haben. Herr Kroz, der Präsident der Regierungskommission, hat seine Wünsche und Begehren in einer Denkschrift niedergelegt, die genügend Stoff für die Genfer Beratungen enthält. Um bei einem Punkt zu bleiben, erheben wir doch einmal die schüchternste Frage, was man eigentlich im Saargebiet mit einer Verstärkung der Polizei will! Es stehen bei einer Einwohnerzahl von 800 000 ungefähr 2000 Mann Polizei zur Verfügung, gewiß genug, um den normalen Ordnungsdienst sicherzustellen. Da ist nun aber ein Wort, das bei uns tagtäglich gebraucht wird, und das die Herren Emigranten nach ihrem Gutdünken auslegen: „Saarlampf“. Was anders kann damit gemeint sein, als eine gewalttätige Erhebung, ein Putzsch? So etwa wird man den Engländer Kroz informiert haben. Weil wir aber wissen, daß es sich um einen geistigen Kampf handelt, halten wir die Verstärkung der Polizeimacht im Saargebiet für unnötig. Es gibt auch noch andere Gründe dagegen, die von der Schweiz schon genügend zum Ausdruck gebracht worden sind.

Frankreich hat noch ein übriges getan und ließ dem Völkerverbund eine Denkschrift zugehen, die sich mit der Regelung bestimmter Fragen befaßt, falls das Saargebiet wieder mit dem Reich vereinigt wird, oder falls der gegenwärtige Zustand beibehalten werden sollte. Die Denkschrift bringt keine Ueberraschungen; es war allerdings nicht unbedingt notwendig, all diese Fragen, die auch nach der Abstimmung geregelt werden können, jetzt schon aufzurollen. Die französische Presse drückt ihre Zufriedenheit aus, sie erblickt zum Teil in der Denkschrift einen neuen Beweis für

„Frankreichs Entgegenkommen und Selbstlosigkeit“. In England glaubt man Konflikte voraussehen, die sich aus der Bezahlung für die Saargruben ergeben könnten.

Das Stimmungsbarometer für den Eintritt Sowjetrußlands in den Völkerverbund schlägt immer mehr zu ungunsten der östlichen Freunde Frankreichs aus. Eine Reihe von Staaten hat deutlich zu verstehen gegeben, was sie von einem Genfer Ableger des Bolschewismus halten, andere sagen es noch vorsichtig durch die Blume. Am deutlichsten hat bis jetzt die Schweiz gesprochen, wo es sogar nicht an Stimmen fehlt, die im Falle des Einzuges der Moskauer Sendboten im Völkerverbund verlangen, daß die Schweiz austrete oder dem Völkerverbund das fernere Mitspracherecht verweigere. Eine französische Zeitung kommt zu dem immerhin merkwürdigen Ergebnis, daß der Eintritt der Sowjetunion den Austritt Deutschlands wettmache. Es ist und bleibt, so meinen wir, ein Unsinn, sich einzubilden, daß die Anwesenheit Sowjetrußlands in Genf die europäischen Schwierigkeiten lösen würde, oder daß durch Litwinows Mitarbeit der Völkerverbund wieder stottgemacht werden könnte.

Die Krise im Fernen Osten dauert an. Die ungeheure Größe des Gebiets bringt es mit sich, daß Einzelheiten überhaupt kaum bekannt werden, und daß bei der Vielheit der dortigen Bestrebungen und Bewegungen sich recht schwer Ueberblicke gewinnen lassen. In kurzen Abständen werden Züge überfallen. Während man auf der einen Seite geneigt ist, die Attentate und Räubereien als das Privatvergnügen chinesischer Banditen anzusehen, sieht man auf der andern Seite politische Hintergründe. Kurz gesagt: Japan behauptet, daß sowjetrußische Beamte dahinterstehen, um Japan die Freude an der Bahn zu verderben. Daß inzwischen der mandchurische Kaiserpalast in Flammen aufgegangen ist, dürfte die Stimmung in Ostasien auch nicht friedlicher machen. Jedenfalls, Japan ist auf dem Posten — so sehr, daß für Sowjetrußland ein entscheidender Schlag dort drüben zum mindesten eine sehr gewagte Sache wäre.

Auch in Amerika kann man sich durchaus nicht der Ruhe erfreuen, die man sonst mit leichtem Ueberlegenheitsgefühl gegen Europa gerne an den Tag legt. Hunderttausende von Textilarbeitern machen Mr. Roosevelt Sorge. Der Streik scheint sich immer noch auszubreiten, und es ist bereits zu ernstlichen Zwischenfällen gekommen. Bisher sind harte Köpfe genug vorhanden, in denen der Widerstandsgeist nicht so leicht erlahmen wird. Das übliche Revolutionslied hat sich in Kuba abgepielt; es war nicht schlimm — ein bißchen Getralle und ein paar Leichen. Jetzt ist schon wieder Ruhe bis zum nächsten Mal. Damit auch Südamerika nicht in Vergessenheit gerät, meldet Paraguan einen großen Sieg über die Bolivianer im Gran Chaco. Wenn irgendwo die Sinnlosigkeit eines Krieges unter Beweis zu stellen ist, dann geschieht es hier. Wie man sieht, gibt es überall Anschauungsunterricht für Europa. Möge es dem Frieden den Vorzug geben!

Kaiserschrein und Reichskleinodien

Vom ersten zum dritten Reich

Bereits beim vorigen Parteitag befand sich im historischen Saal des Nürnberger Rathauses, in dem die Eröffnung des Parteitages stattfand, der alte kostbare Schrein der deutschen Reichskleinodien. Er gehört zu den wertvollsten Schätzen des germanischen Museums in Nürnberg, und

Um Heimat und Liebe

Roman von Herm. Ursfeldt

Urheberschutz d. C. Ackermann, Roman-Zentr. Stuttgart.

„Jawohl, Frau Mila Jeglic, geb. Brantowic! Sie hat die Scheidung bereits eingeleitet und will ihren Liebhaber, den berühmten Jure Dragotic, heiraten. Eine feine Familie, das muß man sagen! Ich hoffe, du ziehst nun aber auch deine Konsequenzen, Margaret, und läßt dich endlich von deinem Mann scheiden! Es ist wahrlich keine Ehre für dich, den Namen Jeglic immer noch zu tragen!“

Margaret antwortete nicht. Sie hatte auf Hermanns letzte Worte gar nicht geachtet. Sie dachte nur an Wladko. Wie würde er all dies Schreckliche tragen? Sein Vater, auf den er so große Stücke gehalten, ein Verdreher, der ins Zuchthaus gehörte!

Es mußte ihn völlig niederschmettern. Es mußte auch seine Stellung erschüttern, seine Karriere, auf die er so viel Hoffnungen gesetzt geführten...

„Und niemand würde ihm dies tragen helfen! Allein! Allein mußte er damit fertig werden...“

„Woher weißt du dies alles?“ fragte sie nach einer Pause bekommen.

„Ich las es in der Zeitung. ‚Slovenski Narod‘ bringt einen ganz langen Artikel darüber!“

„Von... von Wladko steht nichts darin?“

„Nein“, antwortete Hermann rasch, einen Blick mit Otto wechselnd.

„Hast du das Blatt? Kann ich es sehen?“ fragte Margaret. Ihr Bruder tat als suchte er in seinen Rocktaschen danach.

„Ja, wo hab ich es denn, zum Kukud? Ich steckte es doch zu mir! Zu dumm! Nun muß ich es verloren haben! Aber es steht ja auch weiter nichts darin, als was ich bereits erzählte.“

„Von welchem Datum ist es denn?“

„Das weiß ich wirklich nicht. Ich habe darauf gar nicht geachtet. Es ist ja auch gleichgültig.“

„Du hast recht... es ist gleichgültig.“

Margaret erhob sich. Sie sah noch immer blaß und verstört aus.

„Ihr entschuldigt... aber ich möchte jetzt ein wenig allein sein. Es kam so plötzlich... ich würde nur eure fröhliche Stimmung stören.“

Sie nickte ihnen zu und verließ hastig das Zimmer.

„Du hättest es ihr nicht sagen sollen... wenigstens nicht so unvermittelt“, bemerkte Otto vorwurfsvoll. „Sie hat doch immerhin jahrelang mit dem Menschen unter einem Dach gelebt...“

„Ach was, es wird sie so am schnellsten kurieren. Sie muß doch endlich loskommen von der Familie Jeglic! Ich hoffe sie geht leichter zur endgültigen Scheidung zu bringen, denn unmöglich kann sie den bemakelten Namen noch weiterhin tragen wollen!“

„Ein Glück nur, daß du die Zeitung gleich wieder einsteckst, nachdem du sie uns vorgelesen. Wenn sie erst das von Wladko wußte, stünde ich für nichts bei einem so exaltierten Charakter wie deine Schwester“, sagte Jella. „Du darfst übrigens achtgeben, daß sich Margaret das Blatt nicht auf eigene Faust verschafft. Ihre Fragen sahen mir ganz danach aus.“

Der junge Rechtsanwalt lächelte überlegen. „Wie klug du bist, Schatz! Aber sei unbesorgt, daran dachte ich bereits und habe im Zentral-Biosk, wo allein hier der ‚Slovenski Narod‘ zu haben ist, alle vorhandenen Exemplare aufgekauft.“

19. Kapitel.

Margaret machte in der Tat gleich am nächsten Tag den Versuch, sich den ‚Slovenski Narod‘ zu verschaffen. Da sie aber kein bestimmtes Datum angeben konnte und überhaupt nicht wußte, wann und wo Hermann das betreffende Blatt aufgestöbert hatte, verlief die Sache ergebnislos.

Ebenso ergebnislos waren Hermanns Bemühungen, sie zur endgültigen Einleitung der Scheidung zu bewegen

„Ich tue s nicht“, lautete ihre immer wiederkehrende Antwort auf alle seine Vorstellungen. „Für mich wird nichts mehr anders, ob ich nun diesen oder jenen Namen trage! Und der Name Jeglic ist ja doch das einzige Band, das mich noch mit meinem Kind verbindet. Das zerreiße ich nicht!“

Margerlich verließ sie Hermann.

Er ahnte nicht, daß das, was er als zwingenden Trennungsgrund ansah, für Margaret das gerade Gegenteil bedeutete. Nie hatten ihre Gedanken sich mehr mit dem verlassenen Gatten beschäftigt, fühlte sie sich ihm seelisch inniger verbunden als jetzt, wo sie sein Leid und seine Schmach mitleidete.

Selbst die Sehnsucht nach dem Kind trat zurück vor der größeren, Wladko jetzt nahe sein, ihn trösten zu dürfen. Mehrmals in schlaflosen Nächten tauchte der Gedanke in ihr auf, einfach zu ihm zu fahren.

Aber im kalten Licht des Morgens verwarf die Vernunft dann jedesmal diesen Impuls.

Gott weiß, ob er noch in Spillersdorf war. Seine Stellung dort mußte durch die Verhaftung des Vaters ja unhaltbar geworden sein, und wahrscheinlich hatte er sich sogleich verziehen lassen. Dann aber tönten auch seine Worte wieder in ihren Ohren: Ich wollte, ich hätte dich nie gesehen! Du bist das Bleigewicht am Wagen meines Lebens. Eine Feindin bist du mir, die mich in meiner Karriere hindert und mich unmöglich macht...“

Rein, sie konnte nicht zurück. Wenn ihre Sehnsucht schon den eigenen Stolz unter die Füße treten wollte — um seinen Willen durfte sie es nicht! —

Eines Tages, anfangs Dezember, als Margaret ziellos durch die Straßen schlendernd vor einer Buchhandlung stehen blieb und halb gedankenlos die dort ausgestellten Bücher und Zeitschriften musterte, öffneten sich ihre Augen plötzlich weit vor Erstaunen.

„Neue Umkerzeitung, ein Wegweiser für Bienenzüchter und Bienensfreunde, herausgegeben von Wladimir Jeglic“ stand da auf einem Heft zu lesen. (Fortsetzung folgt).

diente über dreieinhalb Jahrhunderte hindurch zur Aufbewahrung der Krönungsinsignien der römischen und deutschen Könige. Diesmal hat man nun auch die Reichskleinodien selbst in den Rathausaal gebracht, wo sie in Glasschreinen rechts und links von der Rednertribüne aufgestellt worden sind. Ueber ihnen prangt an der Wand das Hakenkreuzbanner.

Es ist mehr als eine Huldigung an den Genius loci, daß man diesmal die ehrwürdigen Zeugnisse altdeutscher Kaiserherrlichkeit vereint hat. Gewiß sind es nicht die Originale. Sie sind im Jahre 1798 aus Nürnberg fortgebracht worden, als Bourbons zügellose Scharen sich der Stadt näherten. Fünfzehn Jahre lang waren sie verschwunden. Nur wenige Eingeweihte wußten, wo sie sich befanden. Zu Schiff sollten sie im Jahre 1809 nach Wien verbracht werden, wo der letzte deutsche Kaiser Franz, der bei seiner Krönung mit ihnen geschmückt war, residierte. Aber der Transport auf der Donau fiel gerade in die Zeit des Krieges zwischen Napoleon und Oesterreich. So blieben denn die wertvollen Reichskleinodien bis zum Jahre 1811 irgendwo auf der Donau in einem alten Kahn unter Gerümpel verborgen. Erst nach dem Sturze Napoleons wurden sie, die inzwischen nach der Hofburg überführt worden waren, der Öffentlichkeit zur Schau gestellt. Sie bilden seitdem eine der stärksten Anziehungspunkte unter den vielen Sehenswürdigkeiten Wiens.

Dort befinden sie sich auch heute noch. Was in Nürnberg ausgestellt ist, sind die gleichen Nachbildungen, die man auch auf der großen Berliner Ausstellung „Deutsches Volk — Deutsche Arbeit“ zu sehen bekam. Aber auch diese Nachbildungen haben heute schon historischen Wert; denn sie sind bei einigen der früheren Kaiserkrönungen bereits verwendet worden, da man die Originale der Kriegswirren wegen nicht aus Nürnberg holen wollte. Die Nachbildungen sind so originalgetreu hergestellt, auch hinsichtlich des Materials, daß sie nur durch Geheimzeichen von jenen unterschieden werden können. Das wertvollste und wichtigste Stück ist die Kaiserkrone. Sie ist aus acht Goldplatten zusammengefügt, von denen zwei größere mit einem Biegel miteinander verbunden sind. Die Vorderseite ziert ein mit Smaragden geschmücktes Kreuz. Die Krone ist überfüllt mit riesigen, besonders reinen Edelsteinen. Saphire wechseln mit Rubinen und Smaragden ab. Dazwischen sind Perlen verstreut. Das Gewicht der Krone beträgt 3,5 Kilogramm. In ihrem Innern befindet sich eine purpurne Dede, die sich der jeweiligen Kopfform des Trägers anpaßt.

Bei der Krönung trug der Kaiser einen langärmeligen Purpurrod mit einer Goldborte, die Lunzella. Darüber wurde die Alba gezogen, ein weites Gewand aus weißer Seide, dessen Ärmel weit und faltig herabfielen. Die Stola, ein langes Band aus gelber, golddurchwirkter Seide, wurde über die Alba gelegt, die von einem hellblauen seidnen Gürtel zusammengehalten wurde. Diese Kleidungsstücke sind zusammen mit den Handschuhen, Schuhen und Strümpfen in Wien zu sehen.

Weiter trug der Kaiser bei der Krönung das Kaiser- und Königszepter, beide aus vergoldetem Silber, und den goldenen Reichsapfel mit dem Kreuz darauf. Zwei Schwerte gehörten zur Krönung, das Schwert des Heiligen Mauritius, dessen breite Schneide mit Gravierungen bedeckt ist, und das dem Kaiser im Krönungzuge jenseitlich mit der Spitze nach oben vorangetragen wurde. Er selbst trug das Kaiserzepter, das der Ueberlieferung nach der Säbel Karls des Großen gewesen sein soll. Es ist eine altorientalische Arbeit, die Scheide ist reich mit Edelsteinen verziert. Weiter gehören zum Krönungsschatz eine Bibel Karls des Großen und die Bursa des Heiligen Stephanus, die Erde mit dem Blute des Märtyrers getränkt, enthielt.

Dreimal wurde im Mittelalter der Kaiser gekrönt. Das erstmal in Aachen mit der deutschen Königskrone, sodann in Oberitalien mit der eisernen Krone der Langobarden und endlich in Rom mit der Kaiserkrone zum römischen Kaiser, nicht wie immer fälschlich geglaubt wird, zum deutschen Kaiser. Für Deutschland blieb er auch nach der päpstlichen Krönung in Rom nur König. Deshalb trug er bei festlichen Anlässen die deutsche Königskrone, die der Kaiserkrone ähnelt, aber wesentlich leichter und einfacher ist.

Die Vereinigung aller dieser für die deutsche Geschichte so bedeutungsvollen Symbole soll weder der Schaulust als Anreiz dienen, noch ein museales Brunkstück sein. Der Schmutz der Jahre des Dritten Reiches über ihnen und die Worte des Oberhauptes eben dieses Reiches vor ihnen, weisen in die Zukunft: Die alten deutschen Kaiserinsignien sind durch sie wieder in einem einzigen deutschen Reich vereinigt worden.



Reichsparteitag 1934

Ein Sonderzug mit Delegierten und Amtswaltern verläßt die Reichshauptstadt.

Die internationale Gefahr des Bolschewismus

Um den Eintritt Sowjetrußlands in den Völkerbund

Aus London ist vor wenigen Tagen bestätigt worden, daß die französische, die britische und die italienische Regierung sich zur Zeit über die Haltung informieren, die eine Reihe von Mitgliedstaaten des Völkerbundes gegenüber dem Antrage auf Aufnahme der Sowjetunion in ihn einzunehmen beabsichtigen. Diese Sondierung erfolgt, obwohl bisher die Regierung der Sowjetunion selbst weder einen formellen Antrag gestellt, noch selbst über ihre Absicht, es zu tun, etwas veröffentlicht hat. Das gemeinsame Vorgehen der drei Staaten zur Erkundung des Geländes ist immerhin etwas ungewöhnlich und erklärt sich daraus, daß die seit einigen Monaten im Gange befindliche Diskussion über den Eintritt Moskaus in den Genfer Bund allmählich allerhand Widerstände zutage gefördert hat, die unter Umständen geeignet sein könnten, das Programm, das in dieser Beziehung für die am 10. September beginnende Völkerbundstagung vorgesehen ist, über den Haufen zu werfen.

Es ist bekannt, daß vor allem die Schweiz eine heftige Abneigung dagegen empfindet, in Genf, wo sie ohnedies mit dem kommunistischen Machthaber dieses Kantons, Herrn Nicole, allerhand Unannehmlichkeiten erlebt, nun auch noch eine offizielle Vertretung der bolschewistischen Weltzentrale Moskau residieren zu sehen. Die Stimmen, die für ein ablehnendes Votum der Schweiz eintreten, gehen so weit, daß sie für den Fall der dennoch erfolgenden Aufnahme der Sowjetunion den eigenen Austritt aus dem Völkerbunde erklärt wissen wollen. Manche verlangen sogar, die Schweiz möge in diesem Falle den Völkerbund förmlich auffordern, seine Zelte in einem anderen Lande aufzuschlagen, das Gastrecht der Schweiz aber nicht länger in Anspruch nehmen. Die Schweiz ist aber nicht das einzige Land, das der Aufnahme Moskaus widerstrebt. In Holland beispielsweise hat man auch die ernstesten Bedenken. Ungarn zeigt wenig Neigung, und eine Reihe anderer Staaten, bis nach Südamerika hinüber, ist ebenfalls entschlossen, entweder abzulehnen oder mindestens sich der Stimme zu enthalten.

Das Interessanteste aber ist, daß Herr Barthou, der mit Herrn Litwinow zusammen den Eintritt Rußlands in den Völkerbund vereinbart hat, jetzt im eigenen Lande Kritik und Ablehnung erfährt. Der „Matin“ beispielsweise überschreibt einen Artikel, der sich mit dieser Angelegenheit beschäftigt, etwas unfreundlich mit den Worten: „Sowjetrußland ist keine Nation“. Er weist auf das Völkerkonglomerat hin, das durch die Herrschaft der Sowjets zusammengehalten würde — wenn wir nicht irren, sind es mehr als 60 Völkern — und er fragt, was denn diese Völker und Rassen eigentlich außer dem von Moskau ausgeübten Druck zusammenhalte. Sei es vielleicht der Klassenkampf der proletarischen Klasse, der vom Kreml immer gepredigt worden sei und der auch von dem Schlagwort des „sozialistischen Vaterlandes“ bezeichnet werden solle, dem einzigen, den man überhaupt als Staatsidee Sowjetrußlands herausstricheln könne? Die Schlußfolgerung, die der „Matin“ zieht, ist bitter für Herrn Barthou. Er sagt nämlich, der sowjetrußische Staat gehöre in die Dritte Internationale, nicht aber in den Völkerbund.

Technisch, nur noch etwas bissiger, äußert sich die „Liberte“. Sie stellt Herrn Litwinow im korrekten eleganten Cut, dem „struppigen Bolschewiken“ von einst gegenüber, der mit dem Dolch zwischen den Zähnen und dem Revolver in der Hand die kapitalistischen Schützenräben reinigen wollte. Bedeutet der Wandel, der sich von dieser einstigen Gestalt zu der des gewandten Diplomaten Litwinow vollzogen habe, eine Belehrung? Man müsse ihr jedenfalls mit dem größten Mißtrauen begegnen. Vor allem dürfe man nicht auf die wirksame Mitarbeit der Sowjets an der Erhaltung des Friedens und der aktiven Verteidigung der westlichen Zivilisation rechnen. „Der Bolschewismus bleibt eine internationale Gefahr“, so schließt die „Liberte“.

Über auch in England, das sich durch seine sondernde Anfrage bei verschiedenen Staaten neben Frankreich und Italien ja gewissermaßen zum Vater der Aufnahme Sowjetrußlands gemacht hat, kann man jetzt bedenkliche Stimmen vernehmen. Sie sind nicht unbegründet durch das, was zur Zeit in den Vereinigten Staaten vorgeht. Der riesige Textilarbeiterstreik, der möglicherweise bis zu 1,5 Millionen Arbeiter umfaßt, und der mit Mitteln geführt wird, die zur Alarmierung der Nationalgarde und der Polizei Veranlassung gegeben haben, ist unverkennbar unter dem Druck marxistisch-kommunistischer Elemente zustande gekommen. Man fragt sich besorgt in England, was in der europäischen Nähe der Moskauer Zentrale eines Tages möglich werden könnte, wenn in den Vereinigten Staaten, die nicht nur geographisch weitab vom Kreml liegen, sondern die bisher auch am wenigsten eine akute kommunistische Gefahr in sich bargen, ein Arbeitskampf solchen Ausmaßes und solcher Rigorosität in kurzer Zeit entfacht werden kann. Offenbar hat Moskau eine besonderes Interesse daran genommen, das Aufbauwert des Präsidenten Roosevelts, das, sozialistische Züge es auch aufweist, doch den Gedankengängen der bolschewistischen Gesellschaftsordnung fernsteht, entscheidend zu treffen und wenn möglich zu zerstören. Der in Amerika angelegte Angriff würde, wenn er gelingt, immerhin den stärksten Faktor des kapitalistischen Vortriebsystems treffen. Man kann also verstehen, daß Moskau, das ja seine Idee von der Weltrevolution keineswegs aufgegeben, sondern in den letzten Jahren nur aus tatsächlichen Gründen laßiert hat, hier einen großen Schlag wagt. Fällt der Dollarherzog, dann — so kalkuliert man wahrscheinlich — muß der kapitalistische Mantel der Welt nach.

Es hat eine Zeit gegeben, in der auch Frankreich von dieser Sorge um die Möglichkeit steigenden Einflusses der Bolschewiken ganz beherrscht war. Als der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund zur Debatte stand, hat man in Paris gelagt, das ginge eigentlich nicht. Deutschland habe in Kapalle mit dem Exponenten der kommunistischen Weltrevolution einen Vertrag geschlossen und es könne sich nicht gleichzeitig zu der der sowjetrußischen Idee entgegengesetzten Idee des Völkerbundes bekennen. Heute aber macht Herr Barthou den Freiwerber für Moskau.

Jubiläum der Reichsmark

Zehn Jahre neue deutsche Währung

Als wir im November 1933 das zehnjährige Jubiläum des „Wunders der Rentenmark“ feierten, erinnerten wir uns an den Tag, an dem es auf eine dem Ausland damals

fast unbegreiflich erscheinende Weise und uns selbst märchenhaft anmutend gelang, den Billionenwahnsinn der deutschen Inflation zu beenden. Die Rentenmarkwährung, die am 15. November 1923 zum ersten Male ausgegeben wurde, war wirtschaftlich und währungstechnisch etwas ganz Neues. Sie war nicht, wie die Währungen der Hauptwirtschaftsländer Welt, auf Gold und die Einlösungspflicht in Gold basiert, sondern ihre Deckung bestand aus verzinstanten, auf Gold lautenden Rentenbriefen. In Wirklichkeit aber war sie fundiert durch das Vertrauen der breiten Volksmassen. Es sicherte ihr die Wertbeständigkeit.

Der innerdeutsche Zahlungsverkehr widelte sich auf der Grundlage der Rentenmark reibungslos und mit der lang entwöhnten Stetigkeit ab, die von einer soliden Landeswährung gefordert werden muß. Soweit er in Betracht kam, hätte Deutschland die Rentenmark beibehalten können. Nicht geeignet war die Rentenmark aber für den Zahlungsverkehr mit dem Auslande. Ihr fehlten die Voraussetzungen, die an eine international anerkannte Währung gestellt werden müssen. Es wäre müßig zu erörtern, ob etwa im weiteren Verlaufe diese Anerkennung und damit die Verwendbarkeit als zwischenstaatliche Zahlungsmittel hätten entwickelt werden können. Die Reparationsverhandlungen, die Deutschland auf der Londoner Konferenz im Juli und August 1924 zu führen hatte, und die auf der Grundlage des unter dem Vorhitz des Amerikaners Charles G. Dawes von einem sachverständigen Komitee erstatteten Gutachtens geführt wurden, legten Deutschland u. a. auch die Herbeiführung einer einheitlichen und stabilen Währung nach dem damals allgemein geltenden internationalen Grundfahen auf, und der Dawes-Plan, das Ergebnis der seinerzeitigen Londoner Reparationsverhandlungen, schlug dafür die Errichtung einer neuen Notenbank vor. Es wurde daraufhin ein neues Bank- und Münzgesetz erlassen, in dem die Reichsbank mit den Funktionen der neuen Notenbank betraut wurde, und in dem als Rechnungseinheit die auf der Wertbasis von 1/2790 Kilogramm Feingold gleich 1 Mark normierte Reichsmark geschaffen wurde. Dieses im Reichstag Ende August 1924 verabschiedete Gesetz, zu dem auch noch ein anderes über die Liquidierung der Rentenbank trat, bezeugt die Geburtsstunde der Reichsmark, die jetzt also auf eine Lebenszeit von zehn Jahren zurückblicken kann. Die Golddeckung der neuen Währung wurde durch eine dem Reich gewährte Auslandsanleihe in Höhe von 8 Millionen Goldmark geschaffen. Praktisch war damals der Goldgehalt durch eine Beziehung auf den amerikanischen Dollar — 4,2 RM. gleich 1 Dollar — dargestellt. Erst im August 1926 wurde der Wert in direkte Beziehungen zum Feingoldpreise gesetzt, und erst im Mai 1930 die Golddeckungspflicht befristet.

Die Reichsmark hat, von vorübergehenden Schwankungen in Zeiten abgesehen, in denen internationale Waispeltationen versuchten, sie anzugreifen, während all der zehn Jahre ihrer bisherigen Lebensdauer ihren Kurs in geradezu vorbildlicher Weise gehalten. Daran hat sich auch nichts geändert, als im Jahre 1933 und der Folgezeit die Deckungsmittel für die Währung (Gold und Devisen) unter dem Druck der allgemeinen Wirtschaftskrisis, der besonderen Verschuldungslage Deutschlands und der Erschwernisse, die seinem Ausfuhrhandel bereitet wurden, rapide dahinschwanden. Heute ist der Goldbestand der Reichsbank, wie alle Welt weiß, so niedrig, daß sich daraus eine Deckung der Reichsmark nach dem früher geltenden Gesichtspunkten kaum noch erreichen läßt. Trotzdem ist der Kurs der Reichsmark so fest und sicher, daß uns Länder um ihn beneiden könnten, die in den Kellern ihrer Zentralnotenanstalten das gelbe Metall in Mengen angehäuft haben, die fast schon erstickend wirken. Die Stabilität der Reichsmark beruht ganz und gar auf dem ihr entgegengebrachten Vertrauen, und dieses Vertrauen wird gerechtfertigt durch die vorsichtige und überlegte Währungspolitik der Reichsbank. Sie ist vor allem bestrebt gewesen, den Umlauf an Noten so knapp wie möglich zu halten. Der höchste Betrag an umlaufenden Reichsmarknoten wurde Ende Dezember 1929, also zu einer Zeit immer noch recht hoher Konjunkturlage, mit 5,03 Milliarden RM. erreicht. Er beträgt heute etwa 3,5 Milliarden RM. Es hat nicht an Stimmen gefehlt, die geglaubt haben, der Reichsbank um der Arbeitsbeschaffung und der künstlichen Wirtschaftsbelebungen willen eine lockerere Hand in der Notenausgabe anempfehlen zu sollen. Sowohl Dr. Luther, der frühere Reichsbankpräsident, wie der derzeitige Leiter der deutschen Währungspolitik, Dr. Schacht, haben alle nach dieser Richtung hin zielenden Experimente, die notwendig sind und auch nach der Absicht ihrer Befürworter zu einer Entwertung der Reichsmark geführt hätten, abgelehnt. Gerade Dr. Schacht hat sich immer wieder und noch in der letzten Zeit zu dem Grundsatze bekannt, daß eine stabile Währung die unerlässliche Voraussetzung einer gesunden Wirtschaft sei. Das Vertrauen, das Volk und Wirtschaft in diese Zusicherungen und in die Kraft, sie auch fernerhin wahr zu machen, setzen, wird die Reichsmark auch in das zweite Jahrzehnt ihres Bestehens begleiten.



Zum Auenberger Parteitag

Unser Bild zeigt den letzten Appell der Berliner SA für Nürnberg durch Obergruppenführer von Jagow.

Internationale Rüstungsindustrie als Kriegsmacher

Zu den Untersuchungen des amerikanischen Senatsausschusses

Herr Sir Charles Craven von der Direktion der englischen Rüstungsfirma Vickers Armstrong and Company ist ein großer Mann und kann sicherlich viel. Aber alles kann er doch nicht, und das schmerzt ihn; denn vor einiger Zeit hat er sich in einem Briefe darüber beklagt, daß „diese ständigen Verhandlungen in Genf über die Abrüstung die Aufrücker der britischen Regierung auf Unterjochbockkreuzer aufhalten“. Das ist doch ärgerlich, wenn man in der Leitung eines der größten Rüstungskonzerne der Welt sitzt, gerne fabrizieren und liefern möchte und nun nicht kann, weil sich die Regierungen in Genf noch über Abrüstung unterhalten. Die briefliche Äußerung Sir Charles Cravens erinnert an das, was schon einige Jahre vor dem Kriege ein anderer der Vickers-Leute bei einem Bankett zu dem kanadischen Minister Sir Frederic Borden gesagt hat: „Das Geschäft geht schlecht. Das Empire geht vor die Hunde, weil uns ein Krieg fehlt. Und das Aller schlimmste ist: Es ist auch nicht ein kleiner Krieg in Aussicht.“

Der Brief Cravens ist in Washington in dem Untersuchungsausschuß des amerikanischen Senats verlesen worden, der eingeleitet wurde, um die Verhältnisse in der amerikanischen Rüstungsindustrie zu untersuchen. Aber eigentlich könnte der Senatsausschuß sich seine Bemühungen erparieren. Ueber die Rüstungsindustrie der Welt liegt soviel Material vor, daß man die in den Senatsverhandlungen aufgeworfenen Fragen ohne weiteres bejahen kann. Es wird in der amerikanischen Rüstungsindustrie nicht anders sein, als in der europäischen. Sie hat sich, gerade in ihren größten Vertretern, niemals der Politik untergeordnet, sondern ihr Bestreben ist es immer gewesen, die Politik zu beherrschen und sie in Richtungen zu drängen, die ihr Gewinne versprechen. Denn das Denken der Rüstungsindustriellen ist durchaus wirtschaftlich eingestellt und operiert mit Aktienkursen und Dividenden. Es sind namentlich die beiden Konzerne Vickers Armstrong and Company in England und Schneider-Creuzot in Frankreich mit den ihnen angegliederten Werken in anderen Staaten, die sich mit allen Mitteln einer geschickten und bedenkenlosen Propaganda darum bemühen, das die Kriegswirtschaft in der Welt nicht ausstirbt. Zeitungen werden gekauft, damit sie die öffentliche Meinung beeinflussen, Parlamentarier bestochen, damit sie für neue Rüstungskredite stimmen, auf Banken sucht man Einfluß zu gewinnen, um die Finanzierung sicherzustellen. Es wirkt doch grotesk, wenn man z. B. seinerzeit beim Zusammenbruch der Belgischen Arbeiterbank erfährt, daß sie eine große Menge Aktien des Munitionstrustes Kuhlmann besaß. Die marxistischen Arbeiter demonstrierten in den Straßen mit dem Rufe: „Nie wieder Krieg!“, und mit ihren Spargroschen wurden Munitionsaktien gekauft. Bis in welche Kreise sich diese Verflechtung mit der Rüstungsindustrie erstreckt, erhellt daraus, daß noch vor kurzem die englische Hofkitchin Aktionär von Vickers war.

Und ebenso ist die internationale Verflechtung der Rüstungsindustrie längst zur Genüge belegt. Schneider-Creuzot beherrscht durch die Personalunion zwischen dem Präsidenten seines Direktoriums und dem des Comité des Forges die gesamte französische Schwerindustrie. Die Firma hat entscheidenden Einfluß auf die Giftgasindustrie. Eugene Schneider ist Aufsichtsrat des Credit Foncier und einer anderen Bank. Vor allem aber besitzt Schneider-Creuzot die Aktienmehrheit der Stoda-Werke in der Tschechoslowakei und beherrscht durch sie zehn große Waffen- und Flugzeugfabriken in der Tschechoslowakei, in Polen und in Rumänien. Ebenso ist die Giftgasfabrikation in Südblawien, Polen und der Tschechoslowakei ihm hörig. Ueber belgische Banken reicht sein Einfluß in die Waffenfabrikation dieses Landes hinein, und in Oesterreich hat er sich die Oesterreichische Bodenkreditanstalt gesichert, von der bekannt ist, daß sie mehrere große Wiener Tageszeitungen besitzt und also „öffentliche Meinung“ machen kann.

Eine Rüstungsindustrie, die so international verflochten ist, kann nicht national eingestellt sein. Vickers hat seinerzeit vor dem Burenkriege, obwohl er sich am Horizont schon abzeichnete, massenhaft Maschinengewehre an die Burenrepubliken geliefert. Bulgarien zog in den Weltkrieg mit französischen Geschützen von Schneider-Creuzot. In den Dardanellen lagen englische Minen und sprengten englische Kriegsschiffe in die Luft. Die damals österreichisch-ungarischen Stoda-Werke in Wien haben Geschütze an Belgien geliefert, die dann im Weltkrieg gegen Deutschland Verwendung fanden. Ebenso sind in russischen Artilleriestellungen Stoda-Geschütze vorgefunden worden. Diese Lieferungen an Kriegsgegner haben selbst, während die Schlächtern tobten, nicht aufgehört. Auf dem Umweg über neutrale Staaten hat man ohne Gewissensbisse Munition an die Heere geliefert, die denen des eigenen Landes gegenüberstanden.

Die Rüstungsindustrie lebt vom Krieg und sie will keinen dauernden Frieden. Wenn er einmal „droht“, dann spannt sie all ihre Verbindungen an, um die „Friedensgefahr“ zu beseitigen. Die Aktienkurse von Schneider-Creuzot stellten sich während der Weltwirtschaftskrise 1913 stark zurückgegangen, beschäftigte die Rüstungsindustrie, bei der man das unter den Beschränkungen von Versailles stehende Deutschland sogar noch abziehen muß, erheblich mehr Arbeiter. Man schätzt, daß die Gesamtproduktion der Rüstungsindustrie die von 1913 um mindestens ein Drittel übersteigt.

Wirklich, Sir Charles Craven brauchte nicht so fürchtbar betrübt über „diese ständigen Verhandlungen in Genf über die Abrüstung“ zu sein.

Das Marneeschicksal 1914 und 1918

(Zum 20jährigen Gedenken an die Septembertage 1914.)
Von Oberst a. D. Immanuel.

Man hat die Marne den Entscheidungsabschnitt des Weltkrieges genannt und von einer Wiederholung, einer „Duplizität“ der Ereignisse gesprochen. Es ist kein Zufall, daß die beiden Schlachten die gleiche Aufgabe hatten: die Marne abgegespielt haben: im September 1914 bei Beginn, 1918 beim Ausklang des Krieges. Will man in die Kriegsgeschichte zurückblicken, so treten uns drei Vorgänge entgegen, welche die Bedeutung der Marne beleuchten, so grundverschieden die Dinge an sich auch gelegen haben. Der Heereszug der Hunnen ins Abendland brach sich bei Chalons an der Marne, 1792 gebot das französische Revolutionsheer im Marnegebiet den Verbündeten halt, 1814 rang Napoleon I.

auf den gleichen Kampfplätzen um den Sieg, die den Brennpunkt der Marneeschlacht 1914 gesehen haben. Joffre, der französische Befehlshaber 1914, befahl vor der Marneeschlacht: „Das Marnegebiet wird behauptet, denn es entscheidet über Frankreichs Sieg oder Untergang!“. 1918 beschloß Joffre: „Die Deutschen müssen über die Marne zurück. Hier wendet sich der Krieg!“. Das sind keine Zufälligkeiten. Die Marne beherrscht den Zugang nach Paris. Paris aber ist Frankreich.

Wie kam es 1914 zur Marneeschlacht? Die Feldzugsanfrage wurde auf deutscher Seite durch den Entwurf des Grafen Schlieffen bestimmt: „Kur schwache Kräfte auf dem deutschen Ostflügel zur Deckung gegen französische Angriffe aus der Sperrlinie. Metz und Straßburg stützen den deutschen Widerstand!“. Dagegen sollten die Mitte und Westflügel fest geschlossen auf Paris vorgehen. Dem rechten Flügel, der besonders stark zu bemessen war, fiel es zu, die Seine unterhalb Paris zu überschreiten und Paris im Westen zu umgehen.

Zu solcher Entwicklung ist es nicht gekommen. Schlieffens Nachfolger, Moltke, änderte den Plan dahin ab, daß der linke Heeresflügel ganz besonders stark bemessen wurde, um den zwischen Metz und den Vogesen erwarteten französischen Stoß aufzuhalten, den Gegner entscheidend zu schlagen, dann aber die Sperrlinie Nancy-Epinal zu durchbrechen. Die deutsche Mitte sollte planmäßig durch Luxemburg-Belgien vorgehen, das Herumreisen des rechten Flügels je nach der Lage stattfinden. Der Krieg im Westen ließ sich für die deutschen Waffen glänzend an. Die Franzosen wurden aus dem Elsaß geworfen, in Deutsch-Lothringen geschlagen, auf ihre Sperrfront zurückgedrängt. Die deutsche Mitte erfocht Sieg auf Sieg in den belgischen Ardennen und an der Sambre, der rechte Flügel schlug die Engländer bei Mons, die Franzosen bei St. Quentin Lüttich und Namur waren schnell überwältigt worden. Maubeuge eingeschlossen, das belgische Heer nach Antwerpen gedrängt. Fast ganz Belgien war in deutscher Gewalt.

Unter dem Eindruck dieses Ereignisses herrschte bei den deutschen Armeen die Ueberzeugung, daß die Widerstandskraft der Gegner gebrochen, die siegreiche Entscheidung des Krieges bereits erzwungen sei. Die deutsche Oberste Heeresleitung unter dem Generalobersten v. Moltke zog aus diesen Auffassungen den Schluß, daß es sich nur noch um eine Verfolgung größter Maßstabes handelte. Daher entwickelte sich der Gedanke, mit dem linken Flügel die Meurthe- und Moselfronten zu durchstoßen, mit der Mitte die Franzosen in Verdun, in den Argonnen und südlich der Marne anzugreifen, mit dem rechten Flügel aber — unter Deckung gegen Paris — östlich an Paris vorbei nach Südosten hin vorzugehen. Der Umflamierungsgedanke war die Grundlage dieser neuen Pläne. Zwei Armeekorps wurden nach Ostpreußen abbeordert.

Zwar hatten die Franzosen an den Grenzschlachten schwer gelitten. Das englische Heer stand vor dem Entschluß, den unglücklichen Kampf aufzugeben und nach England sich einzuschiffen. Allein General Joffre wußte die Armeesüdflügel der Marne zum Halten zu bringen mit der Absicht, die Offensiven zu verteidigen, die Mitte zum Gegenangriff anzusetzen, mit frischen Kräften aber aus Paris nördlich der Marne gegen die offene Westflanke der Deutschen vorzugehen. So entwickelte sich vom 6. September an die Marneeschlacht 1914.

Die durch den französischen Angriff aus Paris schwer bedrohte deutsche Westflanke wurde durch den kühnen Entschluß des Generals v. Kluck, die 1. Armee auf das Nordufer der Marne zurückgenommen und zum Gegenstoß zu schreiten, gerettet. Die 2. und 3. Armee waren in der Schlachtenmitte siegreich, bei der 4. stand der Kampf günstig, der linke Flügel lag allerdings vor der Sperrfront fest. Mitten aus dieser günstigen Lage rief die Oberste Heeresleitung die Armeen zurück. Gegen die etwa 30 Kilometer breite Lücke zwischen der 1. und 2. Armee schoben sich das englische Heer und eine französische Armee vor. In der Erwartung einer drohenden Gefahr, verlor die deutsche Oberleitung die Nerven. Die 2. Armee jühlte sich auf ihrem Westflügel bedroht und nahm im Einverständnis mit dem Sendboten der Oberleitung, Oberstleutnant Hentrich, diesen Flügel zurück, brach den Kampf ab, räumte das übliche Marneufer und veranlaßte hierdurch den Rückzug der 1. Armee.

Das war das „Marneeschicksal“ 1914: aus einem fast erfochtenen Sieg der Deutschen wurde der freiwillige Rückzug! Der Feind schrieb sich den Sieg zu und gewann einen gewaltigen moralischen Auftrieb. So entwickelte sich aus dem Bewegungskrieg der Stellungskrieg, der vier Jahre lang trotz aller Großtaten die deutschen Kräfte im Banne hielt und allmählich verzehrte.

Endlich schien im Frühjahr 1918 der ersehnte Zeitpunkt gekommen, die Fesseln des lähmenden Stellungskrieges zu brechen und den Bewegungskrieg an sich zu reißen. Im Osten war Ruhe eingetreten. Alles, was an Truppen und Kampfmitteln verfügbar gemacht werden konnte, wurde in neuem Kampferfahren zum Angriff eingeleitet. Der Anfangserfolg erfüllte die Erwartungen. Am 21. März 1918 brach auf der Front Arras—Caen der deutsche Massenstoß vor. Eine große deutsche Waffentat war vollbracht. Die Mitte des Angriffsfeldes (18. Armee) hatte 65 Kilometer Gelände gewonnen und war auf 90 Kilometer an Paris herangelangt. Dann aber, am 4. April, erlahmte die Kraft, 13 Kilometer vor Amiens. Die Versorgungsstruppen waren aufgebraucht, der Nachschub litt Not, der Gegner gewann Zeit, dem weiteren deutschen Angriff den Weg zu sperren.

Nun setzte der deutsche Angriff in Flandern ein, gewann die Kemmelstellung am 25. April, kam aber auch hier zum Halten. Die Deutschen ordneten sich zu neuen Angriffen. Der Gegner lauerte in der Abwehr, angestollt die amerikanische Hilfe erwartend, deren vorderste Staffeln eintrafen. Der zweite deutsche Angriff größter Maßstabes artündete sich auf Ueberraschung. Bald nach Mitternacht 26. auf 27. Mai begann der Sturm auf den Damenweg. Mit unwiderstehlicher Wucht ging es über die Aisne und Vesle an die Marne von Chateau-Thierry bis Dormans. Die Gegner hatten 200 000 Gefangene und 2500 Geschütze verloren, Reims war gefährdet, die Verbindung von Paris nach Ostfrankreich durch das Marneetal bedroht.

Die deutsche Heeresleitung beschloß, die Entscheidung nach Flandern zu verlegen, wo der „Hagenangriff“ bis zur Kanalflanke vorgetragen werden sollte. Um die feindlichen Reserven zu binden, sollten an der Marne der „Angriff Marneeschuß“, bei Reims der „Angriff Reims“ unternommen werden. Hiermit verband man die Absicht, Reims zu Fall zu bringen und die Marneverbindung des Gegners zu durchschneiden. Der Marneübergang am 15. Juli war eine Musterleistung, vielleicht die beste des ganzen Krieges. Doch konnten angesichts der sehr starken feindlichen Stellungen südlich des Flusses weitere Fortschritte nicht gemacht werden. Zum Unglück für die Deutschen ließ sich der Angriff der 1.

und 3. Armee östlich Reims und in der Westkampagne fest — der Feind hatte rechtzeitig die vorderste Linie geräumt.

In diesem Augenblick, in der Morgenfrühe des 18. Juli, brach aus den Wäldern von Billers Cotterets der französisch-amerikanische Angriff gegen die schwache Westflanke der 7. Armee los. Sie wurde um 5 bis 8 Kilometer eingedrückt. Die Lage konnte trotz opfervoller Gegenangriffe nicht hergestellt werden. „Die kritischsten Stunden des ganzen Krieges“, urteilte der deutsche Kronprinz. Der „Hagenangriff“ in Flandern mußte aufgegeben, der verlustreiche Rückzug hinter die Marne angetreten werden.

Das war das zweite „Marneeschicksal“. Wie die Marneeschlacht 1914 den Siegeslauf der Deutschen aufhielt und in die rückgängige Bewegung zwang, so hat der Marnekampf 1918 unsere Kraft übersteigert und dem Anbeginn unseres Unglücks das Gepräge gegeben.

Abschluß des Berner Nationalitätenkongresses

Berlin, 6. Sept. Der Nationalitätenkongress in Bern hat seine 10. Tagung am Mittwoch abgeschlossen. Dabei wurde folgende Entschliessung einstimmig angenommen:

„Im Zusammenhang mit der Forderung auf Verallgemeinerung des internationalen Minderheitenschutzes weist der 10. Europäische Nationalitätenkongress darauf hin, daß die im Völkerbundsstatut vorgegebene Prüfungspflicht, die der Aufnahme eines Staates in den Völkerbund voranzugehen hat, insbesondere auch sein Vorgehen gegenüber den auf seinem Gebiet wohnenden nationalen Minderheiten zum Gegenstand haben muß. Staaten, deren Vorgehen sich in grundsätzlichen Widerspruch zu den oben erwähnten Prinzipien befindet, sollte die Aufnahme verweigert werden.“

Es sollte ferner von allen neu eintretenden Staaten die Anerkennung der geltenden internationalen Rechtsverbindlichkeiten auf dem Gebiet des Minderheitenschutzes als Vorbedingung für die Aufnahme verlangt werden, wie das bereits in der bisherigen Praxis die Regel war, von der in Zukunft niemals wieder abgewichen werden darf.“

Neue Beschwerde der Deutschen Front

an den Völkerbundsrat

Saarbrücken, 6. Sept. Der Landesleiter der Deutschen Front, Pirro, hat gemeinsam mit der Landesratsfraktion der Deutschen Front eine neue Beschwerde an den Völkerbundsrat gerichtet.

Die mehr als 95 Prozent der Bevölkerung des Saargebietes umfassende Deutsche Front bringt in der Denkschrift zum Ausdruck, daß sie auf die wenigen Rechte des Versailler Vertrages nicht verzichten könne. Ebenfalls hätten die außerhalb des Saargebietes wohnenden Abstammungsberechtigten Anspruch darauf, daß die Bestimmungen des Versailler Vertrages auch bei der Volksabstimmung beachtet würden. Das Saarstatut besage: „Es wird nur eine örtliche Gendarmerie zur Aufrechterhaltung der Ordnung eingerichtet.“ Hiernach sei also die Verwendung einer internationalen Gendarmerie unzulässig, selbst für die Zeit der Volksabstimmung. Die Denkschrift verweist dann auf den Beschluß des Völkerbundsrates, der eine Rekrutierung der Saarpolizei in erster Linie aus saarländischen Bewerbern vorsah. Die Regierungskommission habe jedoch den Eintritt von Saarländern in die saarländische Gendarmerie an die Bedingung geknüpft, daß sie keiner Partei angehören dürften, die sich bereits für die eine oder andere der drei bei der Volksabstimmung zur Entscheidung stehenden Fragen festgelegt habe. Hierdurch habe die Regierungskommission sämtliche Mitglieder der Deutschen Front von der Rekrutierung praktisch ausgeschlossen.

Zu den Versuchen des Präsidenten, die Notwendigkeit einer internationalen Polizei mit der Tatsache in Zusammenhang zu bringen, daß 16 000 junge Saardeutsche, die im deutschen freiwilligen Arbeitsdienst tätig seien, eine militärische Ausbildung erhielten, verweist die Denkschrift auf die Erklärung der Reichsleitung des freiwilligen Arbeitsdienstes. Durch die Einstellung saarländischer Arbeitsdienstwilliger im FAD sei der Saarbevölkerung die alleinige Möglichkeit geschaffen worden, den Arbeitsmarkt um mehr als ein Drittel der Arbeitslosen zu entlasten. Die Regierungskommission selbst habe dagegen zur Milderung der Arbeitslosigkeit im Saargebiet so gut wie nichts getan. Auf der anderen Seite lasse der Präsident unbeachtet, daß die im Saargebiet wohnenden französischen Staatsangehörigen nicht nur ihrer militärischen Dienstpflicht in Frankreich genügen, sondern auch, soweit sie beurlaubte seien, jede Woche militärische Übungen in den französischen Grenzregionen ableisten.

Die Beschwerde hebt dann nochmals hervor, daß ein Unterschied zwischen der Abwägungsstelle des FAD der früheren RSDAP im Saargebiet und dem AD der Deutschen Front bestände. Weiterhin stelle sie es dem Völkerbundsrat gegenüber so dar, als ob für alle diese Dinge der FAD der Deutschen Front belastet werden könne. Demgegenüber sei festzustellen, daß von den 17 von Knog unterbreiteten Schriftstücken nur drei die Deutsche Front betrafen.

Erste Lage beim Textilarbeiterstreik

Präsident Roosevelt greift ein

Washington, 6. Sept. Präsident Roosevelt hat einen Schlichtungsausschuß eingesetzt und ihm die Aufgabe gestellt, die drei folgenden Fragen zu untersuchen: 1. den allgemeinen Charakter der Beschwerden der Arbeiter, 2. die Lage, in der sich die Unternehmer befinden, und 3. Mittel und Wege zu finden, wie beides miteinander in Einklang gebracht werden kann. Der Ausschuß soll dem Präsidenten bis zum 1. Oktober Bericht erstatten.

Eine gefährliche Verschärfung und zugleich das überraschende Eingreifen Roosevelts kennzeichnet am Ende des zweiten Tages des Textilarbeiterstreiks die Lage in dem tiefen Ausmaß, dem größten in der Wirtschaftsgeschichte der Vereinigten Staaten. Im Verlaufe des Mittwochstages ist eine Zuspitzung des Streiks eingetreten, die so ernst ist, daß man die Ausrafung des Belagerungszustandes in einigen Staaten für kurz bevorstehend erwartet.

New York, 6. Sept. Die Belagerung des mehrere Monate dauernden Streiks der Aluminiumarbeiter in Pittsburg wurde vollkommen überschattet von der raschen Ausdehnung des Textilarbeiterstreiks, der fast überall gewalttätige Formen annimmt. So wurde nachts eine Seidenfabrik in der Nähe von Philadelphia, in der weiter gearbeitet wurde, von 200 Streikenden angegriffen. Die Einrichtung wurde stark beschädigt. Als die Staatspolizei eintraf, waren die Streikenden, die in Autobussen angekommen waren, bereits verschwunden. Ähnliche Gewalttaten werden auch aus anderen Staaten gemeldet. In Nord- und Südkarolina werden immer mehr Abteilungen der Nationalgarde zum Schutze der Fabriken eingesetzt. Am Donnerstag früh wird die Gesamtzahl der Streikenden auf 375 000 geschätzt.

Neuport, 6. Sept. Es häufen sich die Meldungen über schwere blutige Zusammenstöße zwischen streikenden Textilarbeitern und Polizei. In allen Fällen beinahe mußten die Polizisten von der Schußwaffe Gebrauch machen. Am Donnerstag, dem dritten Tag des eigentlichen Streiks, war bereits frühmorgens eine Verlustliste von sechs Toten und 14 Verwundeten zu verzeichnen. In *Honepat* in Südkarolina kam es zu einem Angriff streikender Arbeiter auf die Angestellten eines Werks, die sich geweigert hatten, die Arbeit niederzulegen. Dabei wurden drei Personen getötet und mehrere verletzt. In *Greenville*, ebenfalls in Südkarolina, wurde ein Streikender während eines Angriffs auf die Fabrikwache niedergeschossen. Aus *Atlanta* in Georgien wird gemeldet, daß einer der bei den Zusammenstößen am Mittwoch verwundeten Streikenden seinen Verletzungen erlegen ist. Nach *Marion* in Nordkarolina mußten in aller Eile drei Kompagnien Staatsmiliz entsendet werden, ebenso zwei Kompagnien nach *Concord*.

Keine Neugründung von Geldinstituten

Berlin, 6. Sept. Angesichts der Ueberfremdung im Kreditgewerbe, die zu schweren Unzulänglichkeiten für die deutsche Wirtschaft geführt hat, hat es sich als erforderlich erwiesen, Neugründungen im Bankgewerbe zu begrenzen. Zu diesem Zwecke ist eine Verordnung erlassen worden, die die Neugründung von Geldinstituten, sowie die Errichtung von Zweigstellen allgemein untersagt. Die Sperrfrist ist zeitlich begrenzt; sie soll mit einer allgemeinen Regelung des Zulassungsverfahrens im Bankgewerbe, spätestens aber am 31. Dezember 1936, enden.

Abchluß der Flugprüfungen in Warschau

Der erste Teil des Europa-Rundfluges, die sogenannten technischen und Ausrüstungs-Prüfungen, zu denen Start- und Landungsprüfung, Langsamfliegen, Auf- und Abfliegen, Anlassen des Motors und zuletzt die über 600 Kilometer führende Brennstoff-Bedarfsprüfung gehören, wurden am Mittwoch beendet und am Freitag gehen die Maschinen auf die rund 10 000 Kilometer lange Strecke. Alles in allem betrachtet liegen die deutschen Piloten durchweg günstig im Wettbewerb und haben alle Aussichten auf Erfolg. In der bisherigen Punktzahlung liegen noch die Polen mit geringem Vorsprung an der Spitze. Von den Tschechen wird man ebenso scharfe Gegner wie in den Polen sehen müssen. Ohne die Wertung des Brennstoffverbrauchs, für die eine schwierige Punktrechnung vorgesehen ist, ergibt sich folgendes Bild: 1. Bajon-Polen (RDW 9) 915 P., 2. Karpinski-Polen (RDW 9) 892 P., 3. Hubrich-Deutschland (Zieler) und Florjanowicz-Polen (RDW 9) je 862 P., 4. Ambrus-Tschechoslowakei (A 200) 661 P., 5. Anderle-Tschechoslowakei (RDW 9) 559 P., 6. Seidemann-Deutschland (Zieler) 556 P., 7. Wolf-Hirtz-Deutschland (Zieler) 551 P., 8. Dudjinski-Polen (RDW 9) 544 P., 9. Stein-Deutschland (Klemm) 543 P.

Das Interesse des Auslandes

Nürnberg im Spiegel der Presse

Paris, 6. Sept. Der Nürnberger Parteitag wird von der Pariser Presse aufmerksam verfolgt. Die Sonderberichterstattung der großen Blätter melden in spaltenlangen Artikeln alle Einzelheiten der großartigen Organisation und der Massendemonstration wie sie nur in Deutschland möglich ist. Man weiß mit ganz besonderem Nachdruck immer wieder auf die Beteiligung der Reichswehr und die Anwesenheit der Generale von Blomberg und Fritsch hin und unterstreicht den Umstand, daß vor dem Hotel des Führers nicht mehr SS oder SA-Wache stehen, sondern Soldaten der Reichswehr.

Die Bedeutung, die die französische Presse der Erklärung des Führers beimißt, kommt schon darin zum Ausdruck, daß ihr breiter Raum gewährt wird.

Der Sonderberichterstattung des „Journal“ bezeichnet die Erklärung als sehr geschickt und sehr vernünftig und sehr gemäßig im Ton. Der Sonderberichterstattung des „Petit Journal“ spricht von einer *bedeutamen* Kundgebung und unterstreicht den Willen zur Annäherung an Frankreich. Auch der Sonderberichterstattung des „Matin“ glaubt diese Schlussfolgerung ziehen zu müssen. Pangermanismus oder Frieden — es gebe keine andere Wahl. „L'Ordre“ sagt u. a.: Wir kennen seit langem die Gesichte vom Friedenswillen und der Ehre, doch finde man in der Erklärung eine verdeckte Anspielung auf die Beharrlichkeit in der Unversöhnlichkeit. So habe der Führer stolz an den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund erinnert und zu verstehen gegeben, daß er noch nicht so bald nach Genf zurückkehren werde. Immerhin verhoffe er der Rückkehr nicht hermetisch die Tür. Aber natürlich werde er seinen Preis fordern.

London, 6. Sept. In einem Leitartikel äußert „Times“ eine gewisse Befriedigung darüber, daß die Proklamation des Führers zweifellos den Panikern, die die Erfolgsmöglichkeiten der Gewaltanwendung für unbegrenzt hielten, eine Zurechtweisung erteilt habe. Was seine Aeußerung betreffe, daß die jetzige deutsche Generation Frieden und Freundschaft mit anderen Nationen suche, aber entschlossen sei, ihre Ehre, Unabhängigkeit und Freiheit zu verteidigen, so bestehe allgemeine Bereitschaft, Deutschland als Gleichgestellten in der Gemeinschaft der Nationen zu behandeln. Anderen Ländern schein es, daß Deutschland geneigt sei, bezüglich seiner Ehre, Unabhängigkeit und Gleichheit nur seine eigenen unmittelbaren materiellen Bedürfnisse als Maßstab zu gebrauchen und jedes Land als Feind zu betrachten, das nicht jede vorgebrachte Forderung ohne Frage gewähre.

Warschau, 6. Sept. Zum Reichsparteitag der NSDAP bemerkt die polnische „Gazeta Polska“ in einer Korrespondenz aus Nürnberg, daß sich auf jeden Schritt die Anstrengung und das bewußte Streben erkennen lasse, eine Atmosphäre zu schaffen, die geeignet sei, einer halben Millionen Delegierten den grauen Alltag vergessen zu lassen. Der vorjährige Parteitag sei eine Kundgebung der triumphierenden Revolution gewesen, der diesjährige solle die völlige Beherrschung des Staates dokumentieren.

Kopenhagen, 6. Sept. Die Berichte über die ersten Veranstaltungen auf dem Nürnberger Parteitag der NSDAP, nehmen in der Kopenhagener Presse breiten Raum ein. Nachdem früher bereits einige Blätter Einzelheiten über die Vorbereitungen gebracht hatten, meist „Dagens Nyheder“ durch Wiedergabe einer Reihe von Zahlen auf die gewaltigen Ausmaße der Veranstaltung des Parteitages hin, in welchem Zusammenhang von einem „neuen Rekord an Kolossalität“ gesprochen wird. Bei Wiedergabe der Proklamation des Führers wird besonders die Erklärung hervorgehoben, daß es in den nächsten Tausend Jahren keine Revolution in Deutschland geben werde. „Berlingske Tidende“ hebt schließlich in einer Ueberschrift hervor, daß der Führer in Nürnberg als Garant des Friedens begrüßt worden sei.

Die Streikbewegung in Nordamerika hat sich trotz des Eingreifens des Präsidenten Roosevelt so zugeipicht, daß mit der Ausrufung des Belagerungszustandes in einigen Staaten zu rechnen ist.

Fahrten zur Saarausstellung

Die Landesstelle Württemberg des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda teilt mit: Zu der vom 26. August bis 30. September in Köln stattfindenden Ausstellung „Unsere Saar“, die in allen Kreisen der deutschen Volksgenossen größtes Interesse findet, werden von Württemberg aus regelmäßig Sonderfahrten veranstaltet und zwar bei genügender Beteiligung jeden Samstag/Sonntag zwischen dem 8. und 29. September. Abfahrt von Stuttgart Samstag 12.45 Uhr, an Köln 19.28 Uhr. Ab Köln Sonntags 19.02 Uhr, an Stuttgart 2.12 Uhr. Bei mindestens 100 Teilnehmern stellt sich der Fahrpreis auf 18.70 RM., bei kleineren Gruppen auf 22.60 RM., bzw. 25 RM. jeweils für Hin- und Rückfahrt. Näheres bei der amtlichen Auskunftsstelle Stuttgart Hauptbahnhof.

Eingliederung der württ. und bayerischen Landeskirchen in die Reichskirche

Stuttgart, 6. Sept. Bekanntlich wurde in der Nationalversammlung vom 9. August das Kirchengesetz über die Leitung der Deutschen Evangelischen Kirche und der Landeskirchen verabschiedet. In Art. 4 des Paragraph 1 wird bestimmt, daß der Reichswalter der Deutschen Evangelischen Kirche Bestimmung darüber treffe, wann und für welchen Bereich die vorausgehenden Vorschriften in Kraft treten sollten. Durch ein nunmehr erlassenes Kirchengesetz hat nach einer Meldung der „Frankfurter Zeitung“ der Reichswalter der Deutschen Evangelischen Kirche in den Bereich der Gesetzgebung auch Bayern und Württemberg, die beiden bisher opponierenden Landeskirchen, einbezogen. Damit ist deren Eingliederung vollzogen worden.

Württemberg

Anerkennung der Arbeiten

des Aerologischen Observatoriums Friedrichshafen

Friedrichshafen, 6. Sept. Die Internationale Kommission für die Erforschung der freien Atmosphäre beendigte ihre diesjährige Tagung am Dienstag mit drei Vollsitzungen im Kurgartenhotel. Die abschließenden Sitzungen am Dienstag dienten der Annahme einer Reihe von Resolutionen.

Auf Vorschlag von Professor Schmidt-Wien sollen besondere aerologische Aufstiege zum Studium des Einflusses der Alpenkette auf die Wetterverhältnisse unternommen werden. Im gleichen Sinne sollen die aerologischen Forschungen in der Arktis, an denen besonders Rußland interessiert ist, gefördert werden.

Auf Vorschlag von Professor Georgii-Darmstadt wurde weiterhin beschlossen, an die maßgebenden Stellen aller Länder die Bitte zu richten, die aerologische Forschung durch Flugzeugaufstiege zu unterstützen. Insbesondere sollen Ausbildungs- und Uebungsflüge für aerologische Messungen ausgenutzt werden. Zur Erlangung einwandfreier aerologischer Messungen wurde ein Preis ausgesetzt für die beste Neukonstruktion eines Meteorographen, der insbesondere fehlerfreie Temperaturmessungen aus der Höhe liefern soll.

Mit der Annahme dieser und einiger weiterer Resolutionen fand die ergebnisreiche Tagung der Internationalen Kommission ihren Abschluß. Professor Weidmann-Leipzig sprach im Namen des Präsidenten Professor Pepler-Friedrichshafen und seinen Mitarbeitern den Dank der Kommission für ihre Bemühungen um die Vorbereitungen und Durchführung der Tagung aus.

Einheitliche Durchführung des Lebensmittel-Gesetzes

Stuttgart, 6. Sept. In einer Verordnung des Innenministeriums werden Vorschriften für die einheitliche Durchführung des Lebensmittelgesetzes erlassen. Grundförmlich wird in Art. 1 bezüglich der Organisation der Lebensmittelpolizei bestimmt, daß die Ueberwachung des Verkehrs mit Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen (Lebensmittelpolizei), unbeschadet der Bestimmungen des Abs. 2, Aufgabe der Polizeibehörden ist, zu deren Unterstützung chemische, tierärztliche und ärztliche Sachverständige (wissenschaftliche Sachverständige) sowie chemische, veterinar- und medizinale Untersuchungsanstalten zu bestellen sind.

Art. 7 enthält die allgemeinen Vorschriften für die Ueberwachung der Betriebe und Verkaufsstellen. Danach hat die Lebensmittelpolizei die Lebensmittelbetriebe planmäßig zu besichtigen und für einen sachgemäßen Wechsel in der Reihenfolge der zu besichtigenden Betriebe zu sorgen. Zu den Besichtigungen sind die wissenschaftlichen Sachverständigen nach Bedarf hinzuzuziehen. Ob eine Probe zu entnehmen ist, richtet sich nach Lage des Einzelfalles. Wenn Anzeichen für ein gefahrvolles Verhalten vorliegen, ist der gesamte Betrieb zu besichtigen, wobei im Bedarfsfalle die für die weitere Untersuchung notwendigen Proben von Roh- und Zusatzstoffen, Vor-, Zwischen- und Endserzeugnissen zu entnehmen sind. Betriebe, in denen Fleisch warm- oder kaltschlachteter Tiere verarbeitet wird, auch solche, in denen Hauschlachtungen vorgenommen werden, um Fleisch oder Fleisch-erzeugnisse an andere abzugeben, sind in der Regel unter Beteiligung der tierärztlichen Sachverständigen zu besichtigen. Die Durchführung der von den Sachverständigen für erforderlich gehaltenen Maßnahmen kann, soweit sie nicht die Lebensmittel selbst betreffen, durch Vollzugsbeamte überwacht werden. Bei den Besichtigungen ist besonders darauf zu achten, ob Wohn- oder Schlafräume oder sonst ungeeignete Räume für den Gewerbebetrieb mitbenutzt werden. Der Verkehr mit Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen in Verkaufsräumen sowie besonders auf Märkten, Plätzen, Straßen und im Umherziehen ist fortwährend zu überwachen. Die Besichtigungen und Probeentnahmen sind unauffällig und tunlichst in Zivilkleidung vorzunehmen. Art. 9 regelt die Durchführung der Ueberwachung des Verkehrs mit Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen, Art. 9 die Probeentnahme, Art. 10 die Untersuchung der Proben und Art. 11 die strafrechtliche Verfolgung.

Saatenstand und Ernteausichten in Württemberg

Die Nachweisung über den Stand der Früchte zu Anfang September 1934 weist darauf hin, daß im Gegensatz zu den Vormonaten der Monat August vorwiegend kühl und noch war und daß im ganzen die Regenmenge des August als überdurchschnittlich anzusehen ist.

Stand der Gewächse. Die Getreideernte ist nun im ganzen Lande und gut eingebracht. Nur beim Hafer hat der Regen das Erntegeschäft beeinträchtigt. Allen anderen noch auf dem Felde stehenden Früchten, insbesondere den Hackfrüchten, kamen die Niederschläge sehr zustatten. Ihr Wachstum wurde kräftig gefördert, so daß die Schäden der vorausgegangenen Dürre, soweit es noch möglich war, behoben worden sind. Die Weizen haben wieder schön angelegt; die Herbstweiden stehen gut und werden voll ausgehütet. Die Ochsenerde fällt unterschiedlich aus, im Durchschnitt dürfte die Menge der der Heuernte etwa gleichkommen. Die Weinberge zeigen schönen und gefunden Befang. Das Obst wird dank der günstigen Witterung größer, doch haben in den Obstanlagen die Wetter vielen Schaden anrichtet. Stark treten Reismäuse auf, Wespen freffen

an Obst und Trauben, Engerlinge an Kartoffeln; in Hopfenanlagen zeigt sich die rote Spinne.

Nach der Septemberschätzung stellen sich im Landesdurchschnitt die Heftererträge bei allen Getreidearten mit Ausnahme der Gerste höher als nach den Schätzungen der beiden Vormonate.

Stuttgart, 6. Sept. (Der Reichsaussenminister kommt nach Stuttgart.) Wie uns das Städt. Nachrichtenamt mitteilt, wird Reichsaussenminister Freiherr von Neurath als Vertreter der Reichsregierung in der nächsten Woche nach Stuttgart kommen und an der Jahreshauptversammlung des Deutschen Ausland-Instituts teilnehmen. Bei der Hauptversammlung des DAI, spricht Ministerpräsident Prof. Wergenthaler im Namen der Württ. Regierung. Reichsaussenminister Freiherr von Neurath wird bei der großen öffentlichen Kundgebung zur Jahrestagung des Deutschen Ausland-Instituts am Donnerstag, den 13. September, im Hofe des Hauses des Deutschen das Wort ergreifen.

Todesfall. Im Alter von 72 Jahren verschied am Mittwoch unerwartet rasch der bekannte Begründer der Stuttgarter Großbrauerei Dinkelader, Kommerzienrat Karl Dinkelader. Er entstammte einer alten Bierbrauerfamilie in Böblingen. Im Jahr 1887 erwarb er das Koppenhöfische Anwesen in der Nähe der Silberburg, wo er eine neue Brauerei erbaute. Nach mancherlei Schwierigkeiten entwickelte sich das Unternehmen zu einer der größten Brauereien des Landes. Bis in die letzte Zeit war er, unterstützt von seinen Söhnen, der Leiter des großen Unternehmens.

Albdingen, 6. Sept. (Obstdiebstahl mit dem Kraftwagen.) Unsere Gemeinde hatte in letzter Zeit mehrfach unter Obstdiebstählen zu leiden, von denen einige inzwischen aufgeklärt und die Täter ihrer Bestrafung entgegengeführt werden konnten. Jetzt gelang es, einen weiteren derartigen Fall aufzuklären, der alles bisher auf diesem Gebiet Dagewesene in den Schatten stellt. Auf der Straße von hier nach Kornwestheim, hielt abends nach Einbruch der Dunkelheit ein Stuttgarter Personenkraftwagen mit Anhänger, dessen Insassen zwei zu fällig vorbeikommenden Radfahrern von hier verdächtig vorliefen. Glücklicherweise kamen auch noch zwei Feldschützen dazu, die dann zur Feststellung der Verdächtigen schritten. Es handelte sich um zwei Stuttgarter, Vater und Sohn, und zwei auf dem Biesenhäuserhof beschäftigte Landhelfer. Sechs Sacke hatten die Diebe bereits mit Obst gefüllt. Jetzt sehen die vier Obstdiebe ihrer Bestrafung entgegen.

Heilbronn, 6. Sept. (Staatshilfe.) Das Staatsministerium hat ein Gesetz zur Erleichterung der Vereinigung der bisherigen Stadtgemeinde Bödingen mit der Stadtgemeinde Heilbronn erlassen. Durch dieses Gesetz werden der Stadtgemeinde Heilbronn, um die am 1. Juni 1933 wirksam gewordene Vereinigung finanziell tragbar zu gestalten, für eine Uebergangszeit von zehn Jahren gewisse Vorteile auf dem Gebiet der Polizeikostenbeiträge, der Schul-lastenverteilung, der Beteiligung an dem Ausgleichsfond sowie hinsichtlich der Anteile an der Einkommen- und Körperschaftsteuer gewährt.

Binswangen, 6. Sept. (Eingemeindung.) Die Eingemeindung von Binswangen nach Erlenbach wurde am Montag in einer gemeinsamen Sitzung der Gemeinderäte auf dem Rathaus in Binswangen unterzeichnet. Der Beschluß wird am 1. April 1935 in Kraft treten. Mit der Verwaltung werden auch die beiden Volksschulen zusammengelegt.

Mergentheim, 6. Sept. (Stadtbibliothek.) Zur Deutscherzeit belag Mergentheim drei Bibliotheken mit über 60 000 Bänden aus allen Wissensgebieten, die nach dem Uebergang des Fürstentums Mergentheim an die Krone Württemberg samt und sonders nach Stuttgart gewandert und teils der dortigen Hof-, teils der Staatsbibliothek einverleibt worden sind. Der Stadtorfand beabsichtigt, mit dem Wiederaufbau einer Mergentheimer Stadtbibliothek durch den Erwerb von geeigneten Büchern, namentlich auch solchen, die dazu geeignet sind, das Gedankengut der nationalsozialistischen Bewegung den Volksgenossen näher zu bringen, den Anfang zu machen. Einen gewissen Fundus bildet in geschichtlicher Beziehung bereits die frühere Bücherei des Altertumsvereins und die Schenkungen des Professors Schumacher und anderer privater Spender.

Aalen, 6. Sept. (Notstandsgebiet.) Wie das Bürgermeisteramt bekanntgibt, wurde die Stadtgemeinde Aalen durch Erlass des Württ. Innenministeriums als Notstandsgebiet erklärt. Infolgedessen wurden durch die Ortsfürsorgebehörde und das Wohlfahrtsamt die Zugangsbedingungen von auswärts für Wohnungen und Unterstützungsbeihilfen erheblich verschärft.

Neuhagen, 6. Sept. (Neuer Stadtvorstand.) Nunmehr ist auch die Stadtvorstandsfrage endgültig geklärt. Die Wahl fiel auf den bisherigen Bürgermeister von Birkenfeld, Ernst Neuhaus, ein alter Kämpfer der Bewegung.

Crailsheim, 6. Sept. (Wasserfest.) Als letzte der in dem Zweckverband der Wasserversorgung Jagstgruppe zusammengeschlossenen Gemeinden hat die Stadt Crailsheim die Vollendung der Gruppenwasserwerkungsanlage am vergangenen Montag gefeiert. Am Nachmittag fand in der neuen Crailsheimer Turnhalle eine Feier statt. Bürgermeister Fröhlich richtete herzliche Begrüßungsworte an die Anwesenden. Oberbaurat Brehm überbrachte die Glückwünsche des Technischen Landesamts und des Straßens- und Wasserbauamts Ellwangen. Er führte aus, daß der Bezirk, der früher zu den schlechtesten mit Wasser versorgten Gegenden gehörte, heute eine der besten Anlagen des Landes habe. Direktor Vindemeyer gab dann einen Bericht über die Ausführung der Gruppenwasserwerkungsanlage. In knapp achtmonatiger Bauzeit wurde die Anlage erstellt. Die Baukosten betragen etwa 990 000 RM., die bei 1prozentiger jährlicher Tilgung mit 4 Prozent zu verzinsen sind. Die Leitung hat ihre erste und harte Probe in diesem Sommer glänzend bestanden.

Ulm, 6. Sept. (Autounfall.) Donnerstag früh fuhr ein auswärtiger Personenkraftwagen in der Kurve in der Heidenheimerstraße die Böschung hinab. Der Fahrzeuglenker und ein Begleiter wurden so schwer verletzt, daß sie ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußten.

Bom Bodensee, 6. Sept. (Warnung vor Bildankauf.) Aus dem Münster in Reichenou-Mittelheim ist ein 55:39 Zentimeter großes Delgemäde aus dem Rahmen geschnitten worden. Das Bild ist beiderseitig bemalt und stellt auf der Vorderseite den hl. Brimin mit Bischofsstab und Bischofshut, die Insel Reichenou legend, dar. Auf der Rückseite ist der hl. Benedikt mit schwarzem Mantel inmitten einer Landschaft dargestellt. Das Bild ist etwa 200 Jahre alt. Vor Ankauf wird gewarnt!

